

POLITISCHE THEMEN

Es gibt Themen, die im Zeitablauf teilweise monatelang die Diskussion in den Medien bestimmen und unsere Arbeit zentral betreffen.

Außerdem gibt es Themen, die als „Hintergrundgeräusch“ alle anderen Nachrichten begleiten.



17.11.1997 Spiegel-Titel Nr. 47 Die vaterlose Gesellschaft

2001

11.09.2001 – Terroranschläge in den USA

01.01.2001 GEO-Titel Väter

03.12.2001 Focus-Titel Verdammt allein – Das Trauma der Trennung

2002

Während der Wahlperioden 2001-2006 und 2006 bis 2011 war **Goll (FDP) Justizminister in Baden-Württemberg**. Er sorgte für eine „Goldene Zeit“ als Landesjustizminister, konzipierte die Initiative **Elternkonsens** und Richterfortbildungen im Land zur **Cochemer Vorgehensweise** mit Jürgen Rudolph und Ursula Kodjoe.

Prominente Medienberichte:

25.02.2002 Spiegel-Titel Nr. 9 Scheidungskampf - Beute Kind

16.06.2002 BAMS 5 Väter-Schicksale

Juli 2002 Neue Revue Die herzlosen vier

12.12.2002 stern Kampf ums Kind

2003

29.01.2003: Restriktives BVerfG-Urteil zum Sorgerecht nichtehelicher Väter

Ein Klassiker, der alle Kräfte in allen Lagern mobilisiert und der die gängigen Narrative sichtbar macht.

Wirksame Narrative in diesem Fall:

- Nicht eheliche Beziehungen seien flüchtig
- Nicht ehelichen Vätern sei nicht zu trauen
- Die Instanz, die über die Rechte des Vaters entscheidet, ist die Mutter
- Essentiell ist eine ausgezeichnete Kommunikation, wobei einseitige Kommunikationsunwilligkeit der Mutter immer als beidseitige Kommunikationsunfähigkeit erkannt wird
- Die Mutter muss Vertrauen in den Vater haben. Sobald sie Ängste vor dem Vater signalisiert, wird der Vater ausgeschlossen.
- Sobald die Mutter angebliche Gewalt behauptet, wird der Vater ausgeschlossen.

Besonders die letzten drei Narrative bestimmen alle wichtigen Bereiche im deutschen Familienrecht und sobald es um wichtige Zusammenhänge geht, werden sie wieder 1 zu 1 hervorgeholt, z.B. später in der Diskussion um das Wechselmodell.

Prominente Medienberichte:

07.04.2003	Focus-Titel	Das privilegierte Geschlecht
22.09.2003	Focus	Nr. 39 Raus aus der Scheidungsfalle

2004

Gerhard Amendt legt die Ergebnisse seiner privat finanzierten Väterstudie mit den Auswertungen der Daten von 3600 Vätern in einem Buch vor: **Scheidungsväter**.

Am 26.02.2004 entschied der EGMR im **Fall Görgülü**, dass das OLG Naumburg menschenrechtswidrig entschieden hätte. In der Folge wurde dem OLG Naumburg vom BVerfG Rechtsbeugung vorgeworfen. Der Fall taucht noch mindestens zwei Jahre lang immer wieder in den Medien auf.

Matthieu Carriere geht lieber ins Gefängnis als eine Geldstrafe zu bezahlen

Im Dezember begleiten wir Matthieu Carriere mit einer Demo in den Knast.

Im Jahr 2006 nützt er diesen News-Booster für seine Kreuzigungs-Aktion in Berlin.

Prominente Medienberichte:

01.03.2004	Focus-Titel	Nr. 10	Scheidungsoffer Mann
01.03.2004	Psychologie heute, Titel	Heft 3	Wie viel Vater braucht ein Kind?
29.11.2004	Spiegel-Titel	Nr. 49	Der geplünderte Mann – Scheidung tut weh

2005

Die vom Bundesfamilienministerium in Auftrag gegebene Pilotstudie zu „**Gewaltwiderfahrnissen von Männern**“ ergab zum Entsetzen des Ministeriums, dass – vergleichbar mit dem Hype um die alleinige Täterschaft von Männern und die alleinige Opferschaft von Frauen seit der Einführung des Gewaltschutzgesetzes im Jahr 2001 (Karlsruhe war schon zuvor im Pilotprojekt) – auch jeder 4. Mann in seinem Leben schon einmal Gewalt durch eine Partnerin erfahren hatte. Diese für das Ministerium schockierende Erkenntnis führte dazu, dass jede weitere Studie vor einer Veröffentlichung auf politische Korrektheit geprüft – und evtl. „nachgebessert“ - werden sollte.

Frau Ministerin Zypries will Väter, die über einen **heimlichen Vaterschaftstest** beziehungsschonend erfahren wollen, ob sie wirklich der Vater „ihres“ Kindes sind, kriminalisieren. Als einziger Politiker spricht sich **Landesjustizminister Goll aus BW** dagegen aus. Außerdem erhält die Ministerin mit rund 90% Gegenwind aus der Bevölkerung. Das Thema wird zum Dauerbrenner in den Medien.

In diesem Jahr erfährt der **Kindesschutz** in Deutschland einen Schock:

In einer Tiefkühltruhe wird die Leiche eines 6-jährigen Jungen entdeckt.

Eine Mutter hat 9 Babys in Blumentöpfen entsorgt. Ihre Skelette werden gefunden.

Dies löst eine umfassende Debatte und tiefgreifende Reformen in Sachen Kindesschutz aus.

„Kindesmörderin“ ist eine neue und häufig benutzte Vokabel.

Prominente Medienartikel:

März 2005	GEO Titel	Experiment Familie
06.03.2005	BILD	Jeden 3. Tag wird eine Mutter zur Kindesmörderin
28.01.2005	Badisches Tagblatt	Im Familienrecht sind wir eine Bananenrepublik Interview mit Franzjörg Krieg

2006

Im Juni ist die **Kreuzigungs-Aktion von Matthieu** gegen die Marginalisierung von Vätern in Berlin vor dem Justizministerium, die natürlich in vielen Medien thematisiert wird.

Im November ist die **Verhandlung zu Vaterschaftstests** vor dem Bundesverfassungsgericht.



2007

Start der **Drehtage zum Film „Der Entsorgte Vater“**, der in Karlsruhe als Hauptdrehort angesiedelt war.

2008

BGH-Entscheidung zum Thema **Unterhalt** aus 2007 wird zum 01.01.2008 wirksam. Sie regelt für nicht eheliche Kinder denselben Unterhalt wie für eheliche. Außerdem wird der Grundgedanke der Eigenverantwortlichkeit berücksichtigt.

Aktion des STERN zum Thema Jugendamt

Der Film „Der Entsorgte Vater“ (DEV) bei den Filmfestspielen in Biberach

2009

Premiere des Filmes „**Der Entsorgte Vater**“ (DEV) in Karlsruhe mit Diskussion mit dem Publikum.

Beispielloser Medien-Hype zum Film DEV in fast allen Medien.

Diskussion zum Thema **Frauenhaus** mit Forderung der Abschaffung.

Einführung des **FamFG** zum 01.09.2009.



„**Zaunegger-Urteil**“ des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur Menschenrechtswidrigkeit der Haltung des deutschen Bundesverfassungsgerichtes zum Sorgerecht nichtehelicher Väter.

Prominente Medienbeiträge:

27.05.2009	Badisches Tagblatt	„Entsorgte Väter“, die nicht Papa sein dürfen
14.09.2009	Focus Nr. 38	Im Zweifel gegen den Mann

2010

Gesterkamp (Friedrich-Ebert-Stiftung) schürt durch eine **ideologisch motivierte „Expertise“** das **politische Mobbing** gegen Organisationen, denen Radikalität und Antifeminismus zugeschrieben wird, um politische Gegner zu mobben und zu diffamieren. Damit schaltet z.B. das neu entstandene **Bundesforum Männer** unabhängige Konkurrenz aus, die danach durch profeministische Haltungen ersetzt wird.

Das Bundesverfassungsgericht reagiert auf das Zaunegger-Urteil und erlässt eine Entscheidung mit fatalen Folgen: Die deutsche Politik wird international blamiert, weil sie drei Jahre für eine neue Regelung braucht, die schließlich immer noch menschenrechtswidrig ist. Dazwischen agieren Gerichte „gesetzlos“ – und die Politik nimmt sich daraus Anregungen für die Legislative.

Der Wetter-Moderator **Kachelmann** wird **des Sexuellen Missbrauchs beschuldigt**. Das Verfahren dominiert immer wieder die Medien.

In der Schweiz findet das **1. Internationale Antifeminismus-Treffen** statt

2011

Die Unfähigkeit der Legislative, eine Lösung für das **Sorgerecht für nichteheliche Väter** zu finden, prägt ganzjährig die Debatte.

„**Kuppinger**“-Verfahren beim **EGMR**. Bernd Kuppinger war Mitglied im VAfK Karlsruhe.

Kachelmann wird freigesprochen – seine Karriere ist aber zuende und er war über 130 Tage in Untersuchungshaft.

In Goslar wird eine Gleichstellungsbeauftragte entlassen, weil sie Gleichstellung auch für Männer unterstützte. Der Vorgang kam als „**Hexenjagd von Goslar**“ in die Medien.

Prominente Medienbeiträge:

23.12.2011 Badisches Tagblatt

Kindesentzug ist grausame Folter
Interview mit Franzjörg Krieg

2012

Hinrich Rosenbrock: „Die antifeministische Männerbewegung“. Das **feministische Mobbing**, das Gesterkamp über die FES (SPD) zwei Jahre zuvor begann, wird nun über die Heinrich-Böll-Stiftung (GRÜNE) fortgeführt.

Wir schalten uns prominent in die aufkommende **Debatte zum Wechselmodell** ein. Prof. Hildegund Sünderhauf stellt beim **VÄTERKONGRESS** ihr noch nicht erschienenes Buch zum Thema vor.

Zwei Jahre nach Gründung des Bundesforums Männer findet in Berlin der **1. Internationale Männerkongress** statt.

2013

Die **Wechselmodell-Debatte** wird von uns durch viele Themenabende in Deutschland, Österreich und der Schweiz unterstützt.

Das **Familienpapier der EKD** bestimmt über die Unterstützung durch das Bundesforum Männer die politische Entwicklung unter Dominanz der profeministischen Einflussfaktoren. Am 19.05.2013 kommt endlich die menschenrechtswidrige Krücke des neuen **Sorgerechts für nichteheliche Väter**.

Der **Deutsche Familiengerichtstag** fordert eine eigene deutsche Studie zum Wechselmodell. Die Führung des DFGT boykottiert die Ergebnisse des größten Arbeitskreises (Wechselmodell mit Prof. Sünderhauf).

Dies sollte zum Start einer bis heute andauernden beispiellosen politischen Mobbing-Kampagne gegen die Einführung von mehr Rechten für Väter werden.

Prominente Medienbeiträge:

10.04.2013 Wochenblatt Karlsruhe Vernetzungskongress, Väter wollen ihre Kräfte bündeln

2014

Wechselmodell-Debatte

Im Juli wird eine Boeing 777 der Malaysia-Airlines, **Flug MH17**, über der Ukraine **abgeschossen**. Alle 298 Menschen an Bord kommen ums Leben.

Prominente Medienberichte:

13.02.2014 Mittelbadische Presse 1:0 für die Söhne
(Beim Umzug der Mutter bleiben die beiden Söhne
beim Vater)

24.04.2014 Die ZEIT Ist Scheidung erblich?



2015

Das Bundesfamilienministerium gibt die **PETRA-Studie** in Auftrag.

Der Film „Der Entsorgte Vater“, die umfassende Wechselmodell-Diskussion und die immer wieder aufflammende Kritik am Jugendamt oder am Gutachterwesen haben dafür gesorgt, dass die **Medienlandschaft in Bewegung** gekommen ist.

So zeigten sich 2015 viele Artikel auch in den Leitmedien, die unsere Themen bedienten.

Ein Ausschnitt aus der ersten Jahreshälfte möge dies veranschaulichen:

04.02.2015	TV – mdr – Mangelhafte Gutachten
24.03.2015	BILD – Drei Trennungsväter erzählen
08.04.2015	BR (mit ZEIT): Kampf ums Kind
09.04.2015	ZEIT: Mama + Papa = Feinde
11.04.2015	WELT: Vaterschaft ist ein komplett blinder Fleck
12.04.2015	ARD: Das Schicksal der Trennungskinder
12.04.2015	WamS: Aufstand der Entrechteten (Unterhalt)
14.04.2015	Ingo Appelt bei Markus Lanz
16.04.2015	3sat – Gutachten mangelhaft
20.04.2015	SZ: Getrennt heißt nicht alleinerziehend
23.04.2015	WELT: Geschiedene schauen beim Steuerrecht in die Röhre
26.04.2015	PHOENIX: Plötzlich ist das Kind tot
27.04.2015	SZ: Das Leiden der Scheidungskinder
30.04.2015	ARD Monitor: Mit Kindern Kasse machen
06.05.2015	WELT: Es wäre besser, wenn ich meine Kinder nie bekommen hätte
12.05.2015	REPORT MAINZ: Jugendamt
23.05.2015	ML: Kuckucksväter
26.05.2015	FRONTAL: Misshandelt bis zum Tod
06.06.2015	SZ: Im Kreidekreis
09.06.2015	ZDF: Scheidung vom Kind
09.06.2015	MARKUS LANZ: Wolfesperger und Kodjoe
18.06.2015	BR: Wechselmodell und Unterhalt
23.06.2015	ARD Report: Allmacht der Jugendämter
26.06.2015	DLF: Das Kindeswohl ist eine leere Floskel
30.06.2015	MDR: Trennungsväter zahlen doppelt
19.12.2015	SPIEGEL-Titel: Sind Väter die besseren Mütter?

Damit ist dokumentiert, wie vielfältig die Bestrebungen waren, den besonderen Bedarf einer Reform des gesamten Familienrechts ins öffentliche Bewusstsein zu heben.

Die Frage war, was die Politik aus diesem schon längst überfälligen Bedarf machen wird.

2016

Die **Wechselmodell-Diskussion** bestimmt immer wieder die Medien.

Im Juni 2016 stimmt die Bevölkerung Großbritanniens für den **Brexit**.

Im November gewinnt **Trump** in den USA die Präsidentenwahl.

In Berlin rast ein **Attentäter** mit einem Lastwagen in den **Weihnachtsmarkt** auf dem Breitscheidplatz und tötet 13 Menschen.

Prominente Medienbeiträge:

25.11.2016 SPIEGEL Kindeswohl (Ein realistisches Fallportrait)

2017

Im Gespräch mit Personen, die im Rahmen der **PETRA-Studie** interviewt wurden, ergab sich, dass das Bundesfamilienministerium **machtpolitisch** und am Wissenschaftlichen Beirat für die Studie vorbei **ins Studiendesign eingegriffen** hatte. Es wurde deutlich, dass die Mütterlobby im Bundesfamilienministerium darauf bedacht war, völlig abgekoppelt von der internationalen Wissenschaft ein Studienergebnis zu erhalten, das ihnen genehm war. Dass eine Studie, die sie in Auftrag gegeben hatten, wieder ein derart entlarvendes Ergebnis wie die Pilotstudie zu den Gewaltwiderfahrnissen von Männern aus dem Jahr 2005 erbringen könnte, musste mit allen Mitteln verhindert werden.

Trump beschert über „America first!“ der Welt ein neues Amerika, was in den kommenden Jahren einschneidende Veränderungen mit sich bringt.

2018

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz setzte im April 2018 eine **Expertenkommission zur Familienrechtsreform** ein, um den Reformbedarf beim Sorge- und Umgangsrecht umfassend zu erörtern. Diese legte ein Thesenpapier vor, das – obwohl fast alle reaktionären Persönlichkeiten mit Professorenrang in der Expertenkommission vertreten waren – den Damen im Bundesfamilienministerium nicht gefiel. Die Ergebnisse wurden zwar von den Bürgern bezahlt, diese durften das Ergebnis aber nicht erfahren.

Damit wird das politische Mobbing gegen angemessene Reformen im Familienrecht vorangetrieben.

2019

„**Fridays for Future**“ gründet sich auch in Deutschland als Teil einer internationalen Bewegung und bestimmt mit ihren Aktionen die nächsten Jahre.

Im Jahr 2019 veröffentlichte die interdisziplinäre „Arbeitsgruppe Familienrechtliche Gutachten“ die wegweisenden **Mindestanforderungen an die Qualität von Sachverständigengutachten im Kindschaftsrecht**.

Es konnte durchsickern, dass die fertige **PETRA-Studie** am 30.04.2019 beim Bundesfamilienministerium eingegangen war. Was darauf folgte, war ein **politisches Versteckspiel** um diese Studie, die wohl den Auftraggeberinnen nicht passte. Sie wurde weggeschlossen und der Öffentlichkeit vorenthalten. Man konnte hören, dass die Studie „nicht fertig“ sei und deshalb erst noch fertiggestellt werden müsste. Damit beauftragt wurde Frau Walper vom DJI München, dass zu 75% aus Aufträgen des Bundesfamilienministeriums lebt.

2020

Die Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (**SPD**) **stoppte** das Vorhaben für eine umfassende **große Reform des Familien- und Kindschaftsrechts** im Herbst 2020. Sie begründete dies mit der angeblich **knappen Zeit bis zur Bundestagswahl**, die für eine so weitreichende Gesetzesänderung nicht ausreichen würde. Damit ist die seit vielen

Legislaturperioden **überfällige Familienrechtsreform blockiert**. Was danach folgt, sollten nur noch marginale Änderungen für unbedeutende Randgruppen werden.
Alle Forderungen zur Veröffentlichung der PETRA-Studie werden vom Bundesfamilienministerium abgeblockt.

Die **COVID-19-Pandemie** (Corona) bedeutet einen weltweiten Ausbruch einer Infektionskrankheit. Sie wurde am 11. März 2020 von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu einer Epidemie erklärt; die damit verbundene internationale Gesundheitsnotlage wurde von der WHO am 5. Mai 2023 aufgehoben.
Seither wird den **großen Themen WELT-Klima** und **WELT-Frieden** das große Thema **WELT-Gesundheit** hinzugesellt. Corona wird diese Welt verändern.

2021

Der Druck im Kessel, der die Forderungen zur Publizierung der PETRA-Studie begleitet, steigt – das Bundesfamilienministerium sitzt das Ganze machtpolitisch einfach aus.

Bezüglich der PETRA-Studie ist ein Artikel der FAZ entlarvend, in dem in der ersten Fassung gefragt wurde: „**Sabotiert das Ministerium eine Studie zum Kindeswohl?**“. Die Fassung vom 06.02. 2021 enthielt dann den Titel: „Kampf ums Kindeswohl“.



Der Wissenschaftliche Beirat zur Studie wird machtpolitisch ausgehebelt, ebenso wie die Ergebnisse der Expertenkommission zur Familienrechtsreform. Es wird deutlich, dass die Politik klientelorientiert handelt und dass profeministische Ziele machtpolitisches Handeln bestimmen.

Prominente Medienbeiträge:

05.02.2021	Spiegel-online	Das-Rätsel-um-die-PETRA-Studie
06.02.2021	FAZ	Kampf-ums-Kindeswohl

2022

Ab Februar 2022 weitet sich der **kriegerische Konflikt in der Ukraine** durch eine Großoffensive Russlands gegen das gesamte Land aus.

Zunehmend wird deutlich, dass sich die Politik den **globalen „großen“ Themen** widmet: Umweltproblematik, neue Kriegsschauplätze, Welt-Gesundheit und Migrationsbewegungen. Dabei werden die innenpolitischen Themen **Gesellschaftspolitik, Genderpolitik und Familienrechtspolitik versteckt**. Die Problematik wird aber dadurch geschaffen, dass gerade diese verschwiegenen innenpolitischen und ideologisch hoch belasteten Themen die Menschen und ihre Familien existenziell betreffen, was quasi subkutane, intravenöse Wirksamkeit auslöst. Es macht sich eine **zunehmende Unzufriedenheit** bemerkbar, die von den meisten Menschen nicht verbalisiert werden kann, die sich aber direkt im Wählerverhalten dokumentiert.

Prominente Medienbeiträge:

15.12.2022	Stern-Titel	Mehr Vater sein
-------------------	--------------------	------------------------

2023

Die aktuelle Phase des **Nahostkonflikts** begann mit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. Als Reaktion darauf hat Israel den Gazastreifen abgeriegelt, großflächige Militäroperationen durchgeführt und weite Teile des Gebiets besetzt. Damit wird die Bandbreite der internationalen Konfliktlagen weiter verstärkt, was weiter von der Innenpolitik ablenkt.

Endlich wird die inzwischen „**walperisierte**“ **PETRA-Studie** veröffentlicht. Nach dem Informationsfreiheitsgesetz konnte juristisch erreicht werden, dass die Urfassung der Studie aus dem Jahr 2019 ebenfalls veröffentlicht werden musste. So konnte nachvollzogen werden, was in den 4 Jahren alles „vollendet“ und „nachgebessert“ wurde.

Im September veröffentlicht „correctiv“ eine mit Vermutungen und ideologisierten Zuweisungen überfrachtete „**Enthüllungs-Story**“ zu „**Rechtsradikalen Väterrechtlern**“, die die deutschen Familiengerichte unterwandern würden. Mit dieser Publikation im Rahmen von „Verdachts-Journalismus“ wird den Medien ein Appetithappen vorgelegt, den diese bereitwillig aufnehmen.

Nach der „**Studie**“ von Hammer zur angeblichen

Mütterfeindlichkeit in Deutschland, die natürlich die Medien bestimmte, ist diese Aktion eine neue Eskalation der Vorgehensweisen gegen Männer und insbesondere Väter, weil jede berechtigte Kritik an den allein mütter-zentrierten Vorgehensweisen mit dem Label „antifeministisch“ versehen wird.

Das sensationsgeschwängerte Machwerk von correctiv wird in den kommenden Jahren als Grundlage in vielen Neuauflagen verwertet: Beim Deutschlandfunk, beim Südwestfunk und in vielen Printmedien.

<https://vater.franzjoerg.de/vaeterrechtler-auf-dem-vormarsch/>

Väterrechtler auf dem Vormarsch

by Franzjörg Krieg / 18. SEPTEMBER 2023

Väteraufbruch
für Kinder

VAFK
Karlsruhe

Franzjörg
Krieg

2024

Im Vorfeld der Landtagswahlen, die am 09.06.2024 starteten, begann Franzjörg Krieg am 09.01.2024 einen Artikel mit der Überschrift: „**Mein Statement als Wähler**“. Es zeigte sich, dass seine Voraussagen sich bewahrheiteten und dass er die weiteren Entwicklungen ebenfalls mit Kommentaren begleiten musste.

<https://vater.franzjoerg.de/mein-statement-als-waehler/>

Die nach außen verschwiegene, innenpolitisch aber mit atemberaubender Unverfrorenheit durchgesetzte **profeministisch orientierte Politik** führte einerseits zu grotesken politischen Lösungen (Diskussion des Gemeinsamen Sorgerechts für lesbische „Mit-Mütter“, aber nicht für nichteheliche Väter), andererseits zu immer fataler werdendem Wählerverhalten, das dazu führt, dass die herrschenden Parteien noch schnell vor einer zu erwartenden politischen Wende „Schäfchen ins Trockene bringen“ wollen.

2025

Am 23.02.2025 finden die vorgezogenen Bundestagswahlen statt. Schwarz-Rot wird die neue Koalition anführen. Diese **Koalition ist völlig ungeeignet**, die von der SPD zuvor machtpolitisch verhinderten Veränderungen umzusetzen und einen wirklichen Reformkurs einzuleiten.

Weiter bestimmen die „großen“ Themen die Politik, hinter denen die Regierungsparteien ihre ideologisch gesteuerte Gesellschaftspolitik verstecken. Beides aber wirkt, sowohl die

Umsetzung ideologischer Politik als auch die Abneigung der Wählerschaft in diesem Kontext.

Die Wiederwahl von **Trump** als nun 47. Präsident der USA verändert die geopolitische Weltlage und verstärkt den Druck auf alle europäischen Länder, was noch mehr von innenpolitischen Zielen ablenkt. Die notwendige Stärkung der Verteidigungsbereitschaft lässt alle Diskussionen zur Gesellschaftspolitik unbedeutend werden.

2026

Bei den **Landtagswahlen in Baden-Württemberg** am 08.03.2026 verfehlt die SPD mit 0,6% ihren Rauswurf aus dem Landtag. Die Prognosen von vor zwei Jahren zuvor haben sich bewahrheitet.

Diese Zusammenstellung verdeutlicht die Erkenntnisse zu den immer drängender werdenden Forderungen an eine umfassende Reform des Familienrechts, die sich bis 2018 angestaut hatten – und die ignorante und radikale Auslöschung aller konstruktiven Bemühungen ab 2019, hauptsächlich durch die SPD.

Badisches Tagblatt

BLICK INS LAND

Freitag, 28. Januar 2005 / Nr. 22

Franzjörg Krieg vom „Väteraufbruch für Kinder“ über heimliche Vaterschaftstests, gemeinsames Sorgerecht und Rollenklischees bei Behörden

„Beim Familienrecht sind wir eine Bananenrepublik“

Gaggenau – Die aktuelle Debatte um das Verbot heimlicher Vaterschaftstests hat eine generelle Frage aufgeworfen – nämlich die nach den Rechten von Vätern überhaupt. Der 1989 gegründete und bundesweit aktive Verein „Väteraufbruch für Kinder“ macht sich seit Jahren für Änderungen im Familienrecht stark, gerade auch mit Blick auf Sorge- und Umgangsrechte nach Trennungen. Unser Redakteur Armin Broß sprach mit Franzjörg Krieg (56). Der Realschullehrer und gebürtige Gaggenauer gründete 2001 die Kreisgruppe Karlsruhe des „Väteraufbruchs“.

Frage: Herr Krieg, Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) will heimliche Vaterschaftstests verbieten lassen und unter Strafe stellen. Wie ist die Position des „Väteraufbruchs für Kinder“ dazu?

Krieg: Meine Haltung ist: Ein solcher heimlicher Test kann natürlich kein Beweis vor Gericht sein. Aber als Anfangsverdacht für ein Vaterschaftsverfahren müsste er ausreichen. Dass der Bundesgerichtshof nun jüngst geurteilt hat, das Ergebnis eines solchen Tests dürfte überhaupt nicht verwertet werden – das ist realitätsfremd.

Frage: Welche Chancen auf Realisierung räumen Sie dem Vorschlag von Frau Zypries überhaupt ein?

Krieg: Ich glaube nicht, dass es so kommen wird. Denken Sie nur an die Online-Abstimmung, die bei einer SWR-Fernsehsendung stattgefunden hat: 11.000 Leute haben sich gemeldet, 96 Prozent waren gegen die Strafbarkheit eines solchen Tests.

Frage: Glauben Sie, dass sich die Politik danach richten wird?

Krieg: Das kommt ganz darauf an, wie stark die Frauenlobby auftritt. Die Politik übernimmt allzu oft unkritisch die Vorgaben, die aus der Frauenzone kommen.

Frage: Das Kernthema ihres Vereins ist das Sorgerecht. Bei Trennungen ist das Sorgerecht beziehungsweise die Benachteiligung von Vätern. Wo sehen Sie den größten Schwachpunkt beim bestehenden Recht?

Krieg: Der größte Schwachpunkt liegt im Bereich des nicht-ehelichen Sorgerechts. Hier hat das Bundesverfassungsgericht am 23. Januar 2003 immer noch so geurteilt: Eine nicht verheiratete Mutter hat in der Regel immer noch das alleinige Sorgerecht, und der Vater bekommt ein Sorgerecht nur dann, wenn die Mutter zustimmt. Das heißt: Eine Partei entscheidet vor Gericht über das Ausmaß an Rechten, das die andere Partei hat – ein starkes Stück! Inzwischen haben wir etwa zehn Urteile, in denen der Straßburger Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) familienrechtliche Urteile aus Deutschland für menschenrechtswidrig erklärt hat. In diesem Bereich haben wir den Status einer Bananenrepublik. Viele Väter in Deutschland sagen inzwischen: Wenn ich Recht will, muss ich nach Straßburg.

Frage: Wobei das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe aber kürzlich – gerade bei einem familienrechtlichen Urteil – sinngemäß gesagt hat: Urteile des EGMR sind nicht eins zu eins umzusetzen, sondern sie sind in der deutschen Rechtsprechung nur „gebührend“ zu berücksichtigen.

Krieg: Der Europarat hat ganz anders reagiert. Er sagt: Was der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sagt, ist für alle gültig und für alle bindend. Wir wollen doch Europa, und dann müssen wir auch die europäischen Harmonisierungen wollen. Eines ist sicher: Europa wird im Familienrecht nicht den deutschen Weg gehen.

Frage: Sie haben als Kritikpunkt das Sorgerecht bei nicht-ehelichen Kindern genannt. Bei welchen Kindern hat es ja 1998 Reformen gegeben. Das gemeinsame Sorgerecht nach der Trennung greift hier doch inzwischen bei rund 80 Prozent der Fälle.

Krieg: Es gibt aber dennoch ein Problem, und das hängt wieder mit der alten Sichtweise zusammen: Jüngere Jugendämter haben sich nicht von heute auf morgen geändert. Sie sind in der Regel Mutterseeliger. Und wie läuft es denn in der Realität nach einer Trennung ab? Die Kinder werden einem Partner zugeordnet, und das ist meistens die Mutter. Und wer die Kinder hat, bekommt auch das Geld. Scheidungen werden zu 75 Prozent von Frauen eingereicht. Wieso wohl? Beim gemeinsamen Sorgerecht wird das Problem auf den „Umgang“ verlagert. Wie soll das beim Umgang konkret aussehen?

Krieg: Ich kenne Fälle von paritätischem Aufenthalt der Kinder bei den beiden Elternteilen. Fälle, wo die Kinder an einem erweiterten Wochenende beim Vater sind und unter der Woche bei der Mutter. Von montags nach der Schule bis freitags in die Schule bei der Mutter und von freitags nach der Schule bis montags in die Schule beim Vater. Und das regelmäßig. Und die Ferien sind halbig geteilt. So kenne ich viele Fälle, und sie funktionieren sehr gut.

Frage: Wie soll das beim Umgang konkret aussehen?

Krieg: Ich kenne Fälle von paritätischem Aufenthalt der Kinder bei den beiden Elternteilen. Fälle, wo die Kinder an einem erweiterten Wochenende beim Vater sind und unter der Woche bei der Mutter. Von montags nach der Schule bis freitags in die Schule bei der Mutter und von freitags nach der Schule bis montags in die Schule beim Vater. Und das regelmäßig. Und die Ferien sind halbig geteilt. So kenne ich viele Fälle, und sie funktionieren sehr gut.

Frage: Wie stehen Sie zu staatlichen Sanktionen beim Sorgerecht? Es gibt doch genug Fälle, wo Mütter oder Väter ihre Verantwortung nicht gerecht werden oder wo kein Unterhalt gezahlt wird – da muss doch der Staat eingreifen.

Krieg: Richtig. Aber eben nur, wenn jemand seiner Verantwortung nicht gerecht wird.

Frage: Ein Patentrezept für alle Situationen?

Krieg: Dieses Konzept ist sicher nicht bei allen möglich. Also muss man sich zusammensetzen und unter den gegebenen Voraussetzungen das für die Kinder Beste ermitteln. Gemacht wird das im Landkreis Cochem in Rheinland-Pfalz – Stichwort Cochemer Weg.

Frage: Das Cochemer Modell sieht vor, dass sich Behörden von vornherein einschalten und auch Druck auf die Eltern ausüben für ein gemeinsames Sorgerecht und eine faire Lösung.

Krieg: Ja. Und sie vernetzen sich miteinander. Alle sind zusammengeschaltet: Jugendamt und Familiengericht. Dann die Anwälte. Denen muss klar gemacht werden: Schmutzige Wäsche waschen und über das Kindeswohl wachhalten, das ist laut. Alle sind in das gemeinsame Konzept eingebaut, und das Kind steht an vorderster Stelle.

Frage: Wie stehen Sie zu staatlichen Sanktionen beim Sorgerecht? Es gibt doch genug Fälle, wo Mütter oder Väter ihre Verantwortung nicht gerecht werden oder wo kein Unterhalt gezahlt wird – da muss doch der Staat eingreifen.

Krieg: Richtig. Aber eben nur, wenn jemand seiner Verantwortung nicht gerecht wird.

Frage: Der „Väteraufbruch für Kinder“ bemängelt, dass das Vorgehen von Behörden häufig stark an bestimmten Klischees über Väter und Mütter orientiert ist.

Krieg: Ja. Zum Beispiel: Wenn bei einem Streit in der Wohnung eine Frau die Polizei holt, ist von vornherein der Mann der Täter – egal was die Frau gemacht hat. Dann wird gesagt: Raus mit dem Kerl für ein paar Tage. Und damit ist er als gewalttätig abgestempelt. Uns legen auch Urteile von Familiengerichten vor, in denen ausschließlich die Befindlichkeit der Mutter bedingt wird. Es wird einfach unterstellt: Sie ist die Mutter, also ist sie gut, und man muss gar nicht mehr untersuchen, ob sie etwas falsch macht. Frauen wird auch oft zugestanden, dass sie ihren Kindern nach Belieben wechseln dürfen. Hauptsache, der Erzeuger hat zu zahlen.

Frage: Gibt es europäische Staaten mit Regelungen, die Sie als vorbildlich ansehen?

Krieg: Frankreich hat beim Umgangsrecht eine Praxis, die sicherlich auch für uns etwas wäre. Da kommt eine Mutter, die den Umgang verweigert, schon mal ins Gefängnis. Die Mütter in Deutschland wissen dagegen, sie können den Umgang boykottieren, und es passiert ihnen nichts. Sie wissen: Ich kann den Vater meines Kindes des sexuellen Missbrauchs bezichtigen, ich kann sogar ein Straftat vorbringen – es passiert mir nichts. Ich kann von meinem Partner behaupten, er hat mich geschlagen – ich muss es nicht nachweisen können. Wenn ich es behaupte, dann reicht es, und er wird vor die Tür gesetzt. Dann wird vielleicht hinterher die Staatsanwaltschaft das Verfahren einstellen, aber dass ich ihn zu Unrecht bezichtigt habe, wird mir nicht angelastet. Und der Mann bleibt als Gewalttäter in der Statistik drin.

Frage: Ihre Schätzung: Wie oft wird der Umgang boykottiert?

Krieg: Es gibt grobe Zahlen für die Bundesrepublik: Die Hälfte aller Kinder verliert nach der Trennung innerhalb eines Jahres den Kontakt zum anderen Elternteil.

Frage: Was dann aber auch heißen kann, dass ein Elternteil überhaupt kein Interesse am Umgang hat.

Krieg: Richtig. Das kann natürlich sein. Das müssen wir uns ja auch ständig sagen lassen. Wir Väter sind deshalb nicht gleichberechtigt, weil es unter uns viele gibt, die ihr Vaterssein nicht ernst nehmen. Und jetzt werden wir in Sippenhaft genommen. Ich muss aber einem Vater, der seine Vaterrolle ernst nimmt, die Möglichkeit dazu geben – im Interesse des Kindes. Und ich darf ihm die Möglichkeit nicht nehmen, nur weil es andere Männer gibt, die nachgewiesen Schweine sind.

ZUM THEMA

Die Kreisgruppe Karlsruhe des „Väteraufbruchs für Kinder“ hat nach eigenen Angaben 60 ordentliche Mitglieder und 200 Interessenten. Die meisten stammen aus den Kreisen Karlsruhe Stadt und Land, das Einzugsgebiet umfasst aber auch die Kreise und Städte Gernsheim, Heilbronn, Pforzheim, Rastatt und Bühl. Die Gruppe trifft sich jede Woche. Laut Krieg ist vorgesehen, in diesem Frühjahr auch einen Landesverband des „Väteraufbruchs“ zu gründen. Informationen und Kontakt: Franzjörg Krieg, ☎ (0173) 929 0004, E-Mail: vaterkars@vaterkars.de, www.vaterkars.de

Für die Gleichberechtigung der Väter: Franzjörg Krieg. Foto: Broß